

Konsequenzen nach Abi-Panne

Schulministerin kündigt mehr Vorlauf für Download der Klausuren an

VON JULIA HAHN-KLOSE

Düsseldorf. NRW-Schulministerin Dorothee Feller hat im Schulausschuss des Landtags am Mittwoch erste Konsequenzen nach der Download-Panne bei den Abiturklausuren Mitte April angekündigt: Demnach sollen die Schulen die Klausuren künftig bereits drei Tage vor den Abiturprüfungen herunterladen können, sagte die CDU-Politikerin. „Wir glauben, durch dieses Entzerren haben wir mehr Ruhe in das System gebracht“, sagte Feller.

Die Öffnung der Aufgaben soll weiterhin erst am Mittag vor Prüfungstag möglich sein. Dann stelle das Ministerium einen zusätzlichen Freigabeschlüssel zur Verfügung. „Durch den längeren Zeitraum zwischen dem Download und der Prüfung erhalten wir deutlich mehr Zeit im Fall einer Störung zur Aktivierung eines Notfallsystems“, sagte Feller im Ausschuss. Das Schulministerium werde im Fall erneuter Probleme

„Wir glauben, dadurch haben wir mehr Ruhe in das System gebracht“

Schulministerin
Dorothee Feller (CDU)

me einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse aktivieren, unter Einbindung des Landesschulinstituts Qualis.

„Hundertprozentige Fehlerlosigkeit wird kaum umsetzbar sein angesichts des Umfangs der Prüfungsunterlagen“, sagte Feller. In der Landespresskonferenz bestätigte sie anschließend, am Qualis festzuhalten, auch an dessen Sitz in Soest.

Zudem werde das technische Verfahren zur Verteilung der Klausuren im Sommer neu ausgeschrieben, da der Vertrag mit dem aktuellen Dienstleister regulär ende. Die Ministerin schloss nicht aus, dass das Unternehmen, sollte es die neuen Bedingungen der Ausschreibung erfüllen, wieder ausgewählt wird. In die Ausschreibung werde die Forderung nach einer möglichen höheren Anzahl paralleler Nutzungszugriffe sowie nach mehr Kapazität für höhere Datenmengen aufgenommen. Die Server waren Mitte April am Tag vor den Abiturprüfungen überlastet, was letztendlich zur Verschiebung geführt hatte. Videodateien für Übungen zum Hörverständnis, die in diesem Jahr ebenfalls einen der Gründe für die Panne darstellten, gebe es in Zukunft häufiger, sagte Feller.

Kompetenzzentrum geplant

Einen angekündigten Prüfbericht zu den darüber hinaus gravierenden IT-Schwachstellen der Server von Qualis wird das Schulministerium den Ausschussmitgliedern „nur zum Dienstgebrauch“ vorlegen. Nach der Abitur-Panne hatte ein Hacker ein Datenleck aufgedeckt: Tausende teils persönliche Daten von Lehrerinnen und



Schulministerin Dorothee Feller am Mittwoch in Düsseldorf

Lehrern standen ungeschützt im Internet. Aufgrund der im Prüfbericht enthaltenen Empfehlungen für den zukünftigen Aufbau der IT-Sicherheit bei Qualis wollte Feller die Ergebnisse der externen Prüfung nicht für die Öffentlichkeit zugänglich machen.

Im Ministerium ist ein Kompetenzzentrum zu IT-Sicherheit beim Qualis in Planung, mit einem zentralen Ansprechpartner für Web-Anwendungen. Das Zentrum soll die Einhaltung technischer Standards kontrollieren. Auch würden Hackerangriffe in sogenannten Penetrationstests simuliert, um in Zukunft Schwachstellen selbst zu erkennen.

Die Ministerin ging auch auf einen Antrag von SPD und FDP ein, der ihr Wissen über zwei Schreiben von Qualis aus dem Herbst hinterfragte. Nach Recherchen des WDR hatte das Ministerium bereits im September 2022 Informationen über Sicherheitsrisiken auf den Qualis-Servern erhalten. Feller erklärte nun, die zitierten internen Schreiben bezögen sich auf die Internetseite von Qualis, dessen Managementsystem keine Updates mehr herausgibt, und nicht auf die Webanwendungen auf den IT-Servern, bei denen die Schwachstellen auftraten. Die Informationen seien lediglich eine Begründung für die Anmeldung von Haushaltsmitteln für eine Erneuerung des Internetauftritts, so Feller: „Es gab keinen Anlass, mich über die Schreiben zu informieren.“

Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, widersprach Fellers Darstellung, die Download-Panne und die Sicherheitslücken seien kein zusammenhängendes Thema. „Wenn man hört, dass es schon in einem System diese Probleme gibt, hätte ich erwartet, dass man weiter sucht“, sagte sie im Ausschuss zum Umgang von Qualis und dem Ministerium mit den im Schreiben formulierten möglichen Sicherheitsrisiken der ausbleibenden Updates für die Internetseiten. Sie stellte die Kommunikationsstruktur des Schulministeriums grundsätzlich infrage: „War die Hausspitze wirklich völlig ahnungslos?“

SPD spricht von Lüge

Noch deutlich schärfere Kritik formulierte Dilek Engin. Die schulpolitische Sprecherin der SPD warf der Ministerin vor, von den Schwachstellen gewusst und gelogen zu haben. Es sei kaum vorstellbar, dass die IT-Probleme bei Qualis in Gesprächen mit dem Ministerium nie Thema gewesen seien. Die Ministerin wies die Anschuldigungen entschieden zurück.

Staatssekretär Urban Mauer gab ebenfalls an, in seinem monatlichen Jour fixe mit Qualis-Leiter Rüdiger Käuser nicht über Sicherheitslücken informiert worden zu sein. Engin hielt an der Relevanz der Schreiben fest: „Hätte man sich des Problems angenommen, hätte man bestenfalls auch realisieren können, dass das gesamte System der Web-Angebote von Qualis betroffen ist.“

30 448 Ehen in NRW geschieden

Rückgang um 4,5 Prozent – Paare waren im Schnitt 15,3 Jahre verheiratet

Düsseldorf. Ehepaare, die sich im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen scheiden ließen, waren zuvor im Durchschnitt 15,3 Jahre verheiratet. Damit hat der sogenannte Bund fürs Leben immerhin etwas länger gehalten als zehn Jahre zuvor, als die Paare es bis zur Scheidung auf 14,6 Jahre brachten, wie das Statistische Landesamt IT.NRW am Mittwoch mitteilte.

Die meisten Scheidungen erfolgten allerdings schon nach sechs Ehejahren. Der Anteil lag hier 2022 bei 5,3 Prozent. Einige

wenige Paare ließen sich sogar nach 50 und mehr Ehejahren scheiden – das Maximum lag bei 65 Ehejahren.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 30 448 Ehen in NRW geschieden. Das waren 4,5 Prozent weniger als 2021 und

sogar fast 30 Prozent weniger als zehn Jahre zuvor. Von den Scheidungen im vergangenen Jahr waren zudem 27 871 Kinder betroffen.

Bei gut der Hälfte der Trennungen – 52,2 Prozent – ging die Initiative von den Frauen aus. In 5,5 Prozent der Scheidungsfälle stellten die Eheleute den Antrag gemeinsam, in 42 Prozent waren es die Ehemänner. Seit 2019 werden Scheidungen gleichgeschlechtlicher Paare statistisch erfasst: Im Jahr 2022 waren es 246 Paare, etwas mehr als 2021 mit 233 Paaren. (dpa)



Die meisten Scheidungen erfolgten nach sechs Ehejahren.

„So geht man nicht mit Frauen um“

Debatte im Landtag über Entschädigung für Vergewaltigungsoffer aus Klinikum

VON LENA HEISING

Düsseldorf. Der Gesundheitsausschuss des Landtags hat am Mittwoch über Entschädigungen für Opfer der Missbrauchsfälle im Bielefelder Klinikum Bethel diskutiert. Anlass war die Klage einer Betroffenen, die im Krankenhaus von einem Assistenzarzt betäubt und vergewaltigt wurde. Sie leidet heute an derselben Geschlechtskrankheit, die auch bei dem Täter festgestellt wurde. Weil die Staatsanwaltschaft Bielefeld sich dagegen entschieden hatte, Opfer über die Taten zu informieren, fordert die Betroffene nun Schmerzensgeld. Die FDP-Fraktion hatte einen Bericht der Landesregierung gefordert.

Ein Vertreter des Gesundheitsministeriums bezog sich in seinem Bericht auf Entschädigungszahlungen, die Opfer bereits von der Stiftung Bethel erhalten haben. Zudem lägen durch die Vergewaltigungen „Grundvoraussetzungen laut dem Opferentschädigungsgesetz“ vor.

Die FDP-Abgeordnete Susanne Schneider kritisierte den Schwerpunkt des Berichtes: Das Opfer habe schließlich nicht wegen der Vergewaltigung geklagt, sondern weil die Staatsanwaltschaft sie über die Tat und die Geschlechtskrankheit im Unklaren ließ. „Ich finde es unfassbar, dass die Frau erst einmal nicht informiert wurde. Obwohl die Filme der Vergewaltigung vorlagen, obwohl die Filme namentlich dokumentiert waren“, so Schneider.

„Dass man diese Klage jetzt abweist mit dem Hinweis, die Frau konnte sich die Infektion ja sonst wo eingefangen haben, finde ich wirklich unterirdisch. So geht man mit Frauen nicht um.“

„Mein erster Gedanke war: Was denken die von mir?“

Opfer **Jasmin Mahler** über die Einwände der Generalstaatsanwaltschaft



Jasmin Mahler

Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf hatte zuvor Zweifel an der Berechtigung der Schadenersatzforderung ausgedrückt. Es fehlten Nachweise, dass die Zysten und die Wucherung der Betroffenen Jasmin Mahler (Name geändert) nicht entstanden wären, wenn sie rechtzeitig über die bakterielle Geschlechtskrankheit informiert worden wäre. Außerdem sei nicht nachgewiesen, dass die Zysten direkt durch die Infektion ausgelöst wurden und es tatsächlich der Täter war, der sie mit der Krankheit ansteckte.

Mahler bezeichnet die Argumentation der Generalstaatsanwaltschaft gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ als „verbale Klatsche“. „Man fühlt sich nach dieser Tat nicht nur emotional schlecht, sondern auch körperlich dreckig.“ Die Forderung der

Generalstaatsanwaltschaft, Mahler müsse nachweisen, sich nicht bei anderen Sexualkontakten angesteckt zu haben, habe sie schockiert. „Mein erster Gedanke war: Was denken die von mir?“, so Mahler. „Ich hatte während meinem Krankenhausaufenthalt keinen Partner. Vorher hatte ich keine Beschwerden. Trotzdem soll ich etwas beweisen, was ich gar nicht beweisen kann.“ Sollte ihre Forderung abgelehnt werden, will sie gegen die Entscheidung rechtlich vorgehen.

Auch Mahlers Anwältin Stefanie Höke, die mehrere Opfer vertritt, kritisiert das Vorgehen der Generalstaatsanwaltschaft. „Wir haben über ein Jahr gefordert, dass die Frauen informiert werden. Da ist meines Erachtens vollkommen klar, dass Schmerzensgeldanspruch besteht.“ Die Staatsanwaltschaft habe immerhin einen Paragraphen übersehen, laut dem Opfer zu informieren seien. Das Land müsse Verantwortung für das Handeln der damals zuständigen Staatsanwaltschaft Bielefeld übernehmen. „Ich erwarte durch die Thematisierung im Ausschuss, dass man hier unbürokratisch vorgeht und die Opfer nicht ein weiteres Mal zu Opfern macht.“

Jasmin Mahler lag im Dezember 2019 wegen einer halbseitigen Gesichtslähmung und hohen Entzündungswerten im Hirnwasser auf der Neurologie des Klinikums Bethel. Dort wurde sie mehrfach von dem Assistenzarzt Philipp G. betäubt und vergewaltigt. Insgesamt verging sich G. im Krankenhaus an mindestens 32 Frauen.

Zwei Tage nach seiner Festnahme im September 2020 beging G. Suizid. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld stellte wenig später Verfahren gegen seine Vorgesetzten ein, ohne die betroffenen Frauen zu informieren. Das geschah erst im Januar 2022, nachdem die Staatsanwaltschaft Duisburg die Ermittlungen übernommen hatte. Dutzende Frauen erstatteten Anzeige gegen G.s Vorgesetzte.

Jasmin Mahler und eine weitere Betroffene zeigten auch die Staatsanwaltschaft Bielefeld an; Sie leiden an denselben bakteriellen Infektionskrankheiten, die auch bei der Obduktion von Philipp G. festgestellt wurde. Kurz nach ihrem Krankenhausaufenthalt erkrankte Mahler an schweren Entzündungen, die mutmaßlich durch die Geschlechtskrankheiten ausgelöst wurden. Erst als sie über ihre Anwältin von den Krankheiten des Täters erfuhr, konnten Ärzte ihre Beschwerden behandeln, so Mahler.